



# HESSISCHER LANDTAG

20. 02. 2018

Plenum

## Antrag der Fraktion der SPD

### betreffend Schluss mit Mogelpackungen und Nicht-Wissen-Wollen des hessischen Kultusministers

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag rügt die Landesregierung für ihr Versäumnis, wesentliche Zahlen und Fakten zu erheben, die essenziell für die Erfüllung und Kontrolle der ureigenen Aufgaben des Hessischen Kultusministeriums sind. So teilte der Kultusminister mit seiner Antwort auf die Kleine Anfrage 19/5331 mit, dass Daten zu ausgefallenen Unterrichtsstunden nicht zentral erhoben würden und ihm nicht vorliegen. In der Antwort auf die Kleine Anfrage 19/4523 teilte der Kultusminister zudem mit, dass die Qualifikationen von befristet beschäftigten Lehrkräften ebenfalls nicht erhoben würden. In seiner Antwort auf die Große Anfrage 19/5034 gab der Kultusminister an, keine Kenntnisse zu Krankheitstagen von Lehrkräften zu haben.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung mit ihrer Bedarfsplanung in den letzten Jahren vollkommen überfordert war. Der Lehrermangel geht weit über nicht besetzte Stellen an Grund- und Förderschulen hinaus. Tausende Personen ohne pädagogische Grundqualifikationen, die zu Lehrkräften gemacht werden, unterrichten an Hessen Schulen, geben Noten und leiten Klassen. Mangelhafte Bedarfsprognosen und Stellenabbau in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften kennzeichnen eine verfehlte Bildungspolitik.
3. Deshalb fordert der Landtag der Entprofessionalisierung des Lehrerberufs, wodurch Laien zu Lehrkräften gemacht werden, entgegenzutreten. Hierzu fordert der Landtag einen weiteren Ausbau von Kapazitäten im Lehramtsstudium wie auch anschließend im Vorbereitungsdienst. Zudem sind zusätzliche Seiteneinsteigerprogramme unter Anerkennung bisheriger Studienleistungen so auszubauen, dass diese Personen durch entsprechende Nach- und Weiterqualifizierungen eine echte Lehrbefähigung erzielen können. Lehrkräften, die in Teilzeit beschäftigt sind, müssen attraktive Angebote gemacht werden, ihre Stunden zu erhöhen. Künftig muss in Hessen wieder gelten "Wo Schule drauf steht, muss auch Schule drinnen sein".
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihrer Fürsorgepflicht für die rund 60.000 Lehrkräfte nachzukommen. Hierzu ist ein Konzept für ein schulisches Gesundheitsmanagement zu erarbeiten. Künftig sollen krankheitsbedingte Fehlzeiten anonymisiert erfasst werden. Aufgrund der Vielzahl der Überlastungsanzeigen von Lehrkräften fordert der Landtag die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, an die sich Lehrkräfte wenden können.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, anstatt weiteren Schönwetterreden von "Allzeithochs" und "Rekorden" einen hessischen Bildungsbericht vorzulegen. Durch ein umfassendes Indikationstableau ist empirisch zu erschließen, wie sich die schulische Situation jenseits von Mittelwerten darstellt. Dabei ist insbesondere der konkrete Unterrichtsausfall zu erheben. Die aus der Berichterstattung ersichtlichen Probleme sind in einem konstruktiven Dialog mit den Beteiligten anzugehen.

#### Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. Februar 2018

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Rudolph**